

## **IUSTITIA warnt vor Gefahren für Rechtsstaat in Polen**

Gerichtspräsidenten im Nachbarland werden ausgetauscht



Berlin/Warschau. Hilferuf der polnischen Richtervereinigung IUSTITIA: In der polnischen Justiz kommt es gehäuft zu Amtsenthebungen und Neubesetzungen.

Seit einer Änderung der Gerichtsverfassung im August 2017 kann der polnische Justizminister über die Besetzung von Schlüsselpositionen an den ordentlichen Gerichten bestimmen. Die Präsidenten und Vizepräsidenten der Gerichte können sogar innerhalb der ersten sechs Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes beliebig mit sofortiger Wirkung und ohne Begründung ihres Amtes enthoben werden. Weder muss der Landesrichterrat beteiligt werden, noch können die Betroffenen Rechtsmittel einlegen.

Vertreter der polnischen Richtervereinigung IUSTITIA berichteten jetzt bei einer Veranstaltung des Landesverbandes Berlin des DRB, der NRV und des Vereins Forum Recht und Kultur im Kammergericht unter dem Titel „Polens Rechtsstaatlichkeit in Gefahr?“. Sie erzählten von den Zuständen in ihrem Land und baten um Solidarität der europäischen Richterschaft, um die gemeinsamen Werte und die Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen.

Die IUSTITIA-Vertreter berichteten, dass zuletzt einige Gerichtspräsidenten von ihrer Amtsenthebung aus der Presse erfahren hätten. Dem DRB wurden zudem Fälle bekannt, in denen Gerichtspräsidenten während eines Auslandsaufenthaltes mitgeteilt wurde, dass sie des Amtes enthoben seien und ihre Büros geräumt würden.

Zwei weitere Gesetze der sogenannten polnischen Justizreform betreffen das Oberste Gericht und den für die Berufung und Beförderung der Richter

zuständigen Landesjustizrat. Sie sind noch nicht in Kraft getreten, weil der polnische Präsident sein Veto eingelegt hatte. Auch sie haben offenbar zum Ziel, Personal in der Justiz auszutauschen. Nach den aktuellen Vorschlägen des Präsidenten soll der Landesjustizrat durch das Parlament mit einer Mehrheit von 60 Prozent der Stimmen neu besetzt werden. Beim Obersten Gericht sollen auf Vorschlag von Andrzej Duda nicht mehr alle Richter entlassen werden, sondern nur noch die über 65 Jahre alt sind, was aber 40 Prozent der Richter ausmacht.

Laut IUSTITIA werden seit etwa zwei Jahren viele offene Stellen in der Justiz nicht besetzt. Es gebe inzwischen hunderte offene Stellen. Verfahren blieben liegen oder verzögerten sich. Mit der Besetzung offener Stellen warte die Politik offenbar, bis der Landesjustizrat neu konstituiert ist. Die Atmosphäre in den Gerichten sei schlecht. Besorgniserregend sei auch die von öffentlichen Unternehmen breit finanzierte Medienkampagne, durch die die Richterschaft verunglimpft und für die Justizreform geworben werden solle.

Die Europäische Kommission hat kurz nach Verabschiedung der Änderung der Gerichtsverfassung ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen eingeleitet, da das neue Gesetz nach ihrer Meinung den Grundsatz der Unabsetzbarkeit von Richtern und die Unabhängigkeit der polnischen Gerichte untergrabe. Das von der Kommission bereits 2016 eingeleitete allgemeine Verfahren zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit in Polen läuft daneben weiter. Die polnische Regierung zeigte sich hiervon allerdings von Anfang an unbeeindruckt.

Bereits 2016 hat die polnische Regierung die Kontrolle über die Staatsanwaltschaften übernommen und durch die Neutralisierung des Verfassungsgerichts eine Verfassungskrise ausgelöst. Laut polnischer Richtervereinigung richteten inzwischen immer weniger Gerichte Vorlagen an das Verfassungsgericht, was als Zeichen für mangelndes Vertrauen in das Gericht gewertet wird.



## Lage der Berliner Strafjustiz prekär

Geplante personelle Aufstockung greift zu kurz



Berlin. Die Lage der Berliner Strafjustiz ist prekär. Das Präsidium des Landgerichts hat sich jetzt in einem Brief an den Justizsenator gewandt und auf eine wachsende Überlastung der Großen Strafkammern hingewiesen. Auch die Staatsanwaltschaft arbeitet nach eigenen Angaben inzwischen jenseits der

Belastungsgrenze, Verfahren würden immer häufiger eingestellt.

Der Justizsenator hatte angekündigt, sein Haushaltsentwurf 2018/19 sei die größte personelle Verstärkung der Berliner Justiz seit 25 Jahren. 243 neue Stellen sind demnach vorgesehen. Die Strafverfolgungsbehörden sollen in dem Zeitraum insgesamt 42 zusätzliche Stellen bekommen, davon entfallen 22 auf die Berliner Staatsanwaltschaft.

Der Vorsitzende der Vereinigung Berliner Staatsanwälte, Ralph Knispel, kritisierte hingegen: „Bei der Wirtschaftskriminalität kann es mehrere Jahre bis zur Hauptverhandlung dauern.“ Einem Handelsblatt-Bericht zufolge sind im vergangenen Jahr insgesamt knapp 15.000 Verfahren durch die Berliner Staatsanwaltschaft wegen Geringfügigkeit eingestellt worden. Vor fünf Jahren waren es 6900. Besonders gravierend sieht es offenbar bei Wirtschaftsverfahren aus: Nach rbb-Informationen nahm die Zahl der eingestellten Verfahren auch hier drastisch zu. Während im Jahr 2012 noch rund 3700 Verfahren eingestellt wurden, waren es 2016 schon 5600.

Der Deutsche Richterbund fordert die Landespolitik auf, endlich energischer gegenzusteuern. „Der vom Justizsenator für die kommenden beiden Jahre angekündigte Stellenzuwachs ist überfällig, dürfte aber zu kurz greifen, um die Probleme der Berliner Justiz nachhaltig zu beheben“, erklärte DRB-Bundesgeschäftsführer Sven Rebehn. Der jüngste Hilferuf des Landgerichts an den Justizsenator müsse ein Alarmsignal für die Landespolitik sein.

Zudem hat gerade erst das Bundesverwaltungsgericht die Besoldung von Berliner Richtern und Staatsanwälten für die Jahre 2008 bis 2015 als verfassungswidrig niedrig beurteilt. Das sind keine attraktiven Rahmenbedingungen, um dringend erforderliches Personal für die Justiz zu gewinnen.



---

Redaktion: Claudia Keller, Matthias Schröter  
Mitarbeit: Konstantin Hoffmann  
Bild 1: bluedesign – fotolia.com  
Bild 2: Steve Morvay – fotolia.com

[Newsletter Archiv](#)

© Deutscher Richterbund

Deutscher Richterbund e.V.  
Haus des Rechts  
Kronenstraße 73  
10117 Berlin

Tel. 030-20 61 25-0  
Fax 030-20 61 25-25  
[info@drb.de](mailto:info@drb.de)  
[www.drb.de](http://www.drb.de)